

Beratungs- und Planungsfirmen bewirtschaften den öffentlichen Raum

Hintergründe, Zusammenhänge, Konsequenzen

**Faktenpapier zur Anregung der politischen Diskussion
über die privatwirtschaftliche Herstellung des Gemeinwohls**

INHALT

1.	In Kürze: Worum geht es?	
	1.1 Auslagerung der öffentlichen Planung	3
	1.2 Im Clinch mit der Bevölkerung vor Ort	4
	1.3 Grundsatzthese und Forderungen	5
	1.4 Lenkung durch externe Berater	6, 7
	1.5 Handlungsbedarf	7, 8
	A) Kostentransparenz	7
	B) Kontrollorgan	8
	C) Offenlegung von Sachverhalten, Weiterbildung	8
2.	Wie holen private Beratungsbüros öffentliche Aufträge ein?	9
	2.1 Gemeinwohl-Vermarktung mit System	9
	2.2 Vorgehens-Stufen	9
	Stufe 1 Marktabklärungen	9
	Stufe 2 Aufbau enger Kontakte zu Ämtern und Behörden	10
	Stufe 3 Dienstleistungsbeschreibung, Vertragsvorbereitung	10
	Stufe 4 Mantelverträge mit der „öffentlichen Hand“	10
	Stufe 5 Pseudo-Mitwirkungsverfahren zur Ziel- und Projektdefinition Monopol auf Interpretation des Bedarfs, der Schlussfolgerungen und der Prioritätensetzung Legitimation der Strategie durch die Behörden	10,11
	Stufe 6 Verträge für Detailaufgaben	12
	Stufe 7 ‚Besitzstandwahrung‘ für externe Beratungsbüros Verteidigungsmechanismen/Bildung von unheiligen Allianzen	12
	Stufe 8 Nach dem Fiasko; Problem-Umkehrung und Schuldzuweisung	13
3.	Propaganda- und Verfahrenstricks unterlaufen demokratische Ansprüche	14,15
4.	Welche Arbeit zu welchen Kosten?	15,16
5.	Wie sehen die Umsetzungserfolge aus?	17
6.	Eröffnung der Diskussion	18
	<u>Anhang</u> : Kopie eines Briefes aus der Bevölkerung an Lorenz Raymann, c/o ebp, Zürich	19-24

1. In Kürze: Worum geht es?

1.1 Auslagerung der öffentlichen Planung

Vorab: Wir erachten es als sinnvoll, dass Experten für Beratungen und Planungen im öffentlichen Raum beigezogen werden. Die komplexen Aufgaben erfordern den Beizug verschiedener Spezialisten und es wird durch sie viel wertvolle Arbeit geleistet, was hiermit auch ausdrücklich anerkannt wird. In diesem Papier thematisiert das Bürgerforum danebst jedoch Sachverhalte, welche zu ernster Besorgnis Anlass geben.

Der Staat delegiert – auch auf kommunaler und regionaler Ebene – immer mehr Aufgaben und Kompetenzen an private Dienstleister gleich komplett. Mit dem exzessiven Auslagern von politischer Denk- und Planungsarbeit laufen Gemeindebehörden, übergeordnete Instanzen und die breite Bevölkerung aber Gefahr, die Kontrolle über ihre demokratisch zugeordneten Wirkungsbereiche zu verlieren. Besonders deutlich ist dies an den Vorgängen in der Raumplanung zu beobachten.

Die Siedlungsentwicklungs- und Verkehrsplanungsziele und entsprechende Massnahmen werden heute weitgehend von externen Beratungsbüros formuliert und gesteuert, wobei die privaten Akteure aus dem Beratungs-, Planungs- und Baugewerbe die öffentliche Planung in erster Linie als ihr einträgliches, langjährig gesichertes und stabiles Marketing- und Bewirtschaftungsfeld besetzen.

Im Laufe der Jahre konnten sich aus diesen Kreisen machtvolle externe Allianzen bilden. Sie machten sich gegenüber den Führungsstäben der Politik praktisch unentbehrlich und schafften es, in wichtigen Bereichen der Planung rein privatwirtschaftliche Mechanismen zu etablieren. Gegen aussen dem „*Gemeinwohl*“ verpflichtet, eröffnete sich im Hintergrund ein fragwürdiges Selbstbedienungspotenzial an öffentlichen Ressourcen – zum Schaden der Allgemeinheit und mit verheerenden Langzeitfolgen für die Raumentwicklung.

Auch in der Gemeinde Freienbach zeigt sich diese Tendenz seit den frühen Neunzigerjahren. Sich Durchblick zu verschaffen ist deshalb notwendig. Das vorliegende Grundlagenpapier will dazu einen Beitrag leisten:

Dieses Faktenpapier soll dazu anregen, den beobachteten Fehlentwicklungen Einhalt zu gebieten und notwendige Korrekturen vorzunehmen. Zu diesem Zweck analysieren wir als Bürger die uns zur Verfügung stehenden Materialien¹, ziehen unsere Schlussfolgerungen und lancieren damit eine konstruktive öffentliche Diskussion.

Hier geht es um einen Beitrag zur Lösung der anstehenden Probleme. Schuldzuweisungen an einzelne Akteure, Ressorts oder Personen liegen uns somit fern.

Das Bürgerforum der Gemeinde Freienbach lädt alle interessierten Kreise ein, unsere vorliegenden Anregungen zu einer fruchtbaren Auseinandersetzung und zielführenden Diskussion aufzunehmen und sich entsprechend zu engagieren.

¹ Trotz eingeschränktem öffentlichem Zugang zu Hintergrund-Informationen konnte das Bürgerforum der Gemeinde Freienbach umfangreich recherchieren und eine fundierte, breite Faktensammlung erstellen. Aufgrund dieser Unterlagen ist es nun möglich, ein klares Profil der Vorgänge herauszuschälen. Zusätzliche Quellenangaben und Hinweise können beim Trägervereinsvorstand eingesehen oder bezogen werden. Auch sämtliche in diesem Papier genannten Internet-Auszüge waren am 15. Juni 2009 aufgeschaltet und öffentlich zugänglich.

1.2 Im Clinch mit der Bevölkerung vor Ort

Parallel zu den Fachleuten ist auch die Wohnbevölkerung in der Lage, effiziente Lösungsvorschläge einzubringen. Dank ihrer Vertrautheit mit den örtlichen Gegebenheiten und ihren vielen unterschiedlichen Blickwinkeln und individuellen Fähigkeiten verfügt auch sie über ein reiches Problemlösungspotenzial. Dabei liegt es auf der Hand, dass sie an effizientem und mitunter auch pragmatischem Vorgehen interessiert ist, weil sie als Nettozahler zur Kasse gebeten wird und schlussendlich mit den Auswirkungen der Planung leben wird.

Seit Jahren werden nun aber die Planungsziele der Gemeinde Freienbach nicht durch offene, breit abgestützte und freie Diskussion definiert, sondern dem Volk sogenannten „behördenverbindlich“ und pfannenfertig vorgesetzt. Lokal vorhandenes Knowhow und eine echte Mitsprache der Bevölkerung wird in den laufenden Siedlungsentwicklungs- und Verkehrsplanungsverfahren – nicht nur unterschwellig – abgewertet und abgewehrt.

Warum?

Je langwieriger und komplizierter eine Beratung und Planung wird, desto interessanter ist sie ergo für die beigezogenen Strategen, Kommunikationsfachleute, Ingenieure etc. Diese agieren in erster Linie nach privatwirtschaftlichen Kriterien. Somit bewerten sie schlichte und kostengünstige Lösungen aus dem Blickwinkel des Unternehmenserfolgs tendenziell eher negativ, denn diese würden ja weitere Beraterdienste und Planungen möglicherweise ausschliessen.

Dieser Zusammenhang könnte erklären, warum offensichtlich immer wieder Luxusvarianten mit kaum nachvollziehbaren Argumenten den alternativ vorhandenen, einfacheren Lösungen vorgezogen werden.

Aus naheliegenden Gründen werden externe Problemlöser kaum offen dazu stehen, dass einzelne prioritär wirkende Mechanismen im öffentlichen Planungswesen exakt so spielen. Vielmehr präsentieren sich externe Hauptplayer als wohlwollende und den „Laien“ vor Ort „weit überlegene“ Fachleute. Mit Steuergeldern bezahlt, sind sie nicht nur für Pseudo-Mitwirkungsverfahren besorgt, sondern oft auch für eine systematisch einseitige Beeinflussung der betroffenen Bevölkerung mittels PR-Kampagnen. Dabei werden die privatwirtschaftlichen Beweggründe der Experten wohlweislich ausgeblendet oder kaschiert, und die von ihnen formulierten Ziele werden als „in unser aller Interesse“ stehend ausgegeben.

Dieser verhängnisvolle Mechanismus löst in der Bevölkerung zunehmend Kopfschütteln aus, und vielerorts beginnt sich Widerstand zu formieren. Das Vertrauensklima leidet sehr. Es ist an der Zeit, darüber offen zu reden. Unser Gemeinwesen soll alle nötigen Kompetenzen zurück erlangen, die es befähigen, unerwünschte Folgen und Kettenreaktionen noch rechtzeitig zu stoppen und künftig zu verhindern.

1.3 Grundsatzthese und Forderungen

Das vorliegende Dokument stellt die Grundsatzthese auf, dass

- **die Gemeindeplanung von Freienbach sich in alarmierendem Ausmass an externe Beratungsfirmen ausgeliefert hat, wodurch die kommunale Planungspolitik inzwischen weltfremde, ja teils groteske Züge annimmt**
- **Parteien und weitere politische Kräfte im Planungsablauf weitgehend neutralisiert und/oder instrumentalisiert worden sind**
- **Eine vorwiegend privatwirtschaftlich moderierte Planung und Projektierung die effektiven Probleme nicht löst**
- **die an externe Berater delegierte Steuerung des öffentlichen Raums weitgehend dafür verantwortlich ist, dass das Vertrauen in die Behörden leidet.**

... und leitet daraus folgende drei Forderungen ab:

1. **vollständige Offenlegung der Zahlen und Fakten betr. Finanzierung der privaten Beratungs- und Planungsfirmen, die den öffentlichen Raum „bewirtschaften“**
2. **vollständige Transparenz über die entsprechenden Verträge seit den Neunzigerjahren**
3. **eine grundlegende Korrektur aller festzustellenden Auswüchse und Fehlverläufe**

Der stark strapazierte Begriff „Kommunalentwicklung“ hat sich inzwischen vielerorts zum Nährboden ganzer Branchen² entwickelt. Wie eingangs betont, geht es darum, Übertreibungen und Fehlentwicklungen zu entschärfen und die Kompetenzen und Aufgaben der aus der Privatwirtschaft eingeschleusten Fachleute demokratieverträglich(er) zu definieren.

² Politische Berater und Strategen, Initianten, Moderatoren und Protokollführer von pro forma-Workshops und Kommissionen, interessengebundene Mediatoren, Verfasser von Analysen, Studien, Lösungsvarianten, Leitbildtexten, Master- und Richtplänen, Infokampagnen, Argumentarien, Redenschreiber für und Portraitisten von Behördenmitglieder(n), Koordinatoren für gemeindeübergreifende Gespräche, interessengebundene Sachbearbeiter, interessengebundene Jury-Mitglieder, interessengebundene Referenten etc.

1.4 Lenkung durch privatwirtschaftliche Berater

Die privatwirtschaftlich organisierte Siedlungs- und Verkehrsplanung zeigt sich heute als eigentliches Scharnier für die Lenkung umfangreicher öffentlicher Subventionen, Steuer- und Fördergelder, aber auch für eine leider weitgehend manipulierte Lenkung der öffentlichen Meinung.

Es geht *erstens* um viel Geld aus krisensicheren, sprudelnden Kassen. Und es geht *zweitens* darum, privat motivierte Bauvorhaben³ durch aufwändig inszenierte Kampagnen öffentlich zu propagieren, zu legitimieren und danach möglichst profitabel umzusetzen.

Über die Wirksamkeit privater Begehrlichkeiten im Planungswesen können weder die Propaganda im *Gemeindemagazin*⁴ und *höfemobil*, noch die analogen behördlichen Berichte in den anderen Medien hinwegtäuschen. Das Aufeinandertreffen von privaten und kommunalen Interessen und die tatsächliche Motivation hinter der aktuellen kommunalen Planung wird zunehmend auch zu einem öffentlichen Thema. Leider ist in den letzten Jahren bei vielen Bürgern der Eindruck entstanden, dass die Gemeindeverwaltung und -Behörde im Verbund mit externen Planungs-, Polit- und Strategieberatern als eine einzige eingespielte Fraktion antritt, bei „Bedarf“ sogar auch gegen die Interessen der örtlichen Wohnbevölkerung⁵.

³ Ein möglicher Hinweis auf privatwirtschaftlich motivierte Allianzen von externen Beratern (z.B. Ernst Basler + Partner, ebp, Jauch Zumstein Pfyl, etc.) mit Immobilienbesitzern und Baulobbyisten ist das oft verwendete Postulat der „Zentrumsstärkung“ d.h. „verdichtetem Bauen im Zentrum“, Aufwertung von Liegenschaften und Ankurbelung der Bautätigkeit in Orts- und Stadtzentren.

Anstatt zu fördern, dass die vor Ort charakteristische, günstigere, ältere Bausubstanz mit gezielten Renovationen und Werterhaltungsmassnahmen bestehen bleibt, wird „Rückbau“= Abriss ganzer Quartiere und gewinnmaximierender = teuerungsschiebender Neubau proklamiert. Mit der Forcierung von teuren Zentrums-Neubauten wird die bestehende Bevölkerungsdurchmischung negativ beeinflusst, weniger Verdienende (speziell auch Familien mit Kindern) zeigen immer grössere Mühe, erschwinglichen Wohnraum vorzufinden. Dass die zusätzliche Verschärfung der Verkehrsprobleme als Folge des verdichteten Bauens und das Verschwinden von Grünflächen aus den Zentren in Kauf genommen werden müsse, wird der Einfachheit halber mit einem vermeintlich in Stein gemeisselten Anrecht auf maximale Ausnützung durch die privaten Landeigentümer begründet. Damit fördert solche Planung aber genau jene Tendenz, die von Behördenseite andererseits hoch offiziell beklagt wird: Zunehmende Verkehrsbelastung; unfreiwillige Abwanderung ganzer Segmente der Bevölkerung wegen unerschwinglich gewordener Mietpreise; fortschreitende Anonymität.

Die Wünschbarkeit einer forcierten Bautätigkeit in den Zentren wird auch immer wieder mit der Nähe zum ÖV begründet. Von der betroffenen Bevölkerung vor Ort wird diese Heilsformel aber zunehmend angezweifelt.

Ein anderes, regelmässig vorgebrachtes, aber nicht stichhaltiges Argument für Zentrumsverdichtung besagt, dass damit „Druck von den Siedlungsrändern weggenommen“ werde. Es ist aber nicht so, dass den privaten Besitzern von Bauland am Siedlungsrand deshalb zum Ausgleich Abzungen abverlangt werden könnten.

⁴ Seit Nov.2007 erschienen 5 „Magazin“-Ausgaben der Gemeinde Freienbach; Format A4, 36 Seiten, aufwändig gestaltet, ohne Inserate, ohne reservierte Seiten für Parteien, Ortsvereine und andere Interessierte. Den inhaltlichen Schwerpunkt der „Magazine“ bildet durchwegs die öffentliche Planung mit diversen lokalen und regionalen Hoch- und Tiefbauprojekten, zu denen ebp zentrale Mandate inne hat. Das „Magazin“ wird leider zum Grossteil für Projektpropaganda eingesetzt, und schlägt unerklärlicherweise mit jährlich gegen Fr. 400'000.- zu Lasten der Gemeinde zu Buche.

⁵ So empfinden es viele Einwohner von Wilen beispielsweise als Affront, wie der Gemeinderat Freienbach mit ihren Befürchtungen im Zusammenhang mit der Autobahnanschlussverlegung Wollerau (Öltrotte/Fällmistunnel) umgeht. Die Planung wurde als unantastbar gegenüber den Einwänden der Bürger präsentiert und die Wilenstrasse-Anwohner erhielten schulterzuckend die Auskunft, es gebe halt nicht nur Gewinner, sondern auch Verlierer.

Die Gemeinde Freienbach vergibt in grossem Stil Dienstleistungsaufträge an Ernst Basler+Partner, ebp, mit Sitz in Zürich und Zollikon. Diese Firma betreut verschiedene Gemeinden, Städte, Regionen etc. in den Bereichen Regionalentwicklung, Verkehrs- und Siedlungspolitik und deckt fast sämtliche damit verbundenen Tätigkeiten ab.

In der Gemeinde Freienbach werden die zentralen Planungsaufgaben⁶ schon seit den frühen Neunzigerjahren zu grossen Teilen an ebp ausgelagert. Offenbar sind damit auch weitreichende Kompetenzen an diese Beratungsfirma abgetreten worden. Eine klare Abgrenzung zwischen dem Lassen behördlicher Auftraggeber und dem Tun externer Berater ist meist nur schwerlich feststellbar. Tendenziell halten unseres Erachtens nicht die Behörden, sondern die externen Fachleute die Zügel in der Hand.

Anhand von ausführlichen Recherchen über die Beratungsfirma ebp sollen nun nachstehend die Thesen und Forderungen des Bürgerforums genauer ausgeführt und begründet werden.

1.5 Handlungsbedarf

A) Kostentransparenz

Die gesamten ausbezahlten Forderungen aus dem von ebp abgedeckten Dienstleistungskomplex sind durch die Gemeinde Freienbach nicht offengelegt, sondern bis dato nur „mitgemeint“ in einem undurchschaubaren Mix aus Rechnungspositionen. Diverse allgemein gehaltene Kontenbezeichnungen verhindern bisher, dass die Steuerzahler transparent erfahren, an welche Planungs- und Beratungsfirmen wie viel und wofür bezahlt wurde und wie deren allfällige Neben- und Tochtergesellschaften sowie weitere „zugewandte Orte“ durch die Gemeindekasse alimentiert worden sind⁷.

Um das effektive Kosten-Nutzenverhältnis beziffern und einschätzen zu können, ist von Bürgerseite her eine umfassende Zusammenstellung der Verträge zwischen der Gemeinde Freienbach und der federführenden Firma Ernst Basler+Partner AG und aller entsprechenden Zahlungen einzufordern⁸.

⁶ Im Auftrag der Gemeinde Freienbach übte ebp bereits Anfang der Neunzigerjahre grössere Mandate aus. Lorenz Raymann ist gemäss Gemeindemagazin Freienbach, Ausgabe April-Juli 2009, „Mitarbeiter des Ingenieur-, Planungs- und Beratungsunternehmens Ernst Basler + Partner aus Zürich, Verkehrsplaner und Leiter der Interdisziplinären Planungsgruppe IPG (...), die sich „seit 18 Jahren in einem Mitwirkungsprozess aktiv um die Verkehrsentslastung der Gemeinde Freienbach“ kümmert. Am 19.5.2003 erschien ein Schlussbericht „Gemeindeentwicklung“, verfasst von ebp. Bereits in einer im Oktober 1992 herausgegebenen Broschüre „Verkehrsentslastung Freienbach, Umfahrungsvarianten, Gesamtkonzept und Realisationsprogramm“, werden neben Projektleiter Lorenz Raymann weitere 7 Mitarbeiter von ebp genannt.

⁷ Es ist bei der Zusammenstellung und Interpretation von Auskünften zu beachten, dass neben den Entschädigungen aus der Gemeinde Freienbach wohl noch Zahlungen des Bezirks Höfe, des Kantons Schwyz und des Bundes geflossen sind – ebenfalls alles aus Steuergeldern. Geschätzt wird, dass es in all den Jahren um Beträge in mehrfacher Millionenhöhe ging.

⁸ Analoge Auskünfte sind auch bei ebp einzufordern und eingehend zu überprüfen, um ein übersichtliches, transparentes und vollständiges Bild der getätigten Geldflüsse zu erhalten.

B) Kontrollorgan

Bei der Zusammenarbeit zwischen Kommunalverwaltungen und privaten Firmen ist eine klare und transparente Gewaltentrennung und Hierarchie einzuhalten. Das Vorrecht des behördlichen Auftraggebers bezüglich der Bestimmungs- und Definitionshoheit muss gewährleistet sein.

Um Nachteile aus öffentlich-/privaten Auftragsverhältnissen erfolgreich abzuwehren, muss der Verwaltung eine starke Kontrollinstanz beistehen. Diese benötigt angemessene Rechte und Kompetenzen, um wirksam zu verhindern, dass öffentliche Anliegen zum Zwecke der privaten Gewinnmaximierung geschädigt und/oder missbraucht werden.

C) Offenlegung von Sachverhalten; Weiterbildung

In laufenden Planungsgeschäften wird behördlicherseits mit Sachinfos⁹ vielfach noch immer ein äusserst fragwürdiges Versteckspiel betrieben. Während Geheimhaltung von Akten zum Schutze der Privatsphäre des einzelnen Bürgers sinnvoll und wünschenswert sein kann, dreht sich Geheimhaltung bei der öffentlichen Planung ins pure Gegenteil, nämlich in oftmals vielsagende Heimlichtuerei. Eine selbstverständliche Forderung lautet daher: Was alle angeht und letztlich auch alle mitbezahlen müssen, soll von Anfang an klar offengelegt werden und in allen Schritten nachvollziehbar sein. Geheimhaltung im öffentlichen Bauwesen ist allenfalls den Beteiligten förderlich, um unlautere Motive und rechtswidrige Abläufe erfolgreich zu vertuschen. Es gibt keinen wirklich plausiblen Grund, warum die Planungssachverhalte gegenüber dem Souverän nicht umfassend offengelegt werden sollten.

Politiker und Beamte sind, wie es heisst, „auch nur Menschen“. Wohl nimmt man die ehrenvolle Wahl in die Exekutive mit Stolz und auch mit vielen guten Vorsätzen an. Doch das jedem Amt innewohnende Missbrauchspotential – das von Externen psychologisch geschickt ausspioniert werden kann – wird oft gar nicht oder erst spät in seiner ganzen Tragweite erkannt. Im politischen Alltag ereignet sich immer wieder, dass die vom Souverän auferlegte Rolle verlassen wird und Empfänglichkeit entsteht für Verlockungen und Druckversuche. Politik wird dann leider als „Geschäft mit der Politik“ missverstanden.

Entsprechende persönliche Weiterbildung kann helfen, falschen Loyalitäten und privater Befangenheit erfolgreich und mit Beharrlichkeit zu widerstehen.

Anstelle der langjährig ausgeübten Geheimhaltungspolitik in Bezug auf öffentliche Bausachgeschäfte und Planungen ist umfassende Transparenz zu gewährleisten.

Weiterbildungskurse, in welchen eine saubere Abgrenzung zur Privatwirtschaft vermittelt wird, sind in der alltäglichen Arbeit und im politischen System zu integrieren.

⁹ So wird z.B. die Herausgabe der Probebohrungs-Ergebnisse (2008) an der Baulinie der Umfahrung Pfäffikon konsequent verweigert. Damit ist bei interessierten Bürgern der Eindruck entstanden, es lägen bei den Verantwortlichen wohl schwerwiegende Schlussfolgerungen aus diesen Untersuchungen vor, die auch zu einem vorzeitigen Abbruch der Projektplanung führen könnten. Zudem taucht unweigerlich der Verdacht auf, die beteiligten (und bisher als einzige wertschöpfenden) Planer und Berater könnten diese einträgliche „Kuh“ (Aufträge in mehrfacher Millionenhöhe) weiterhin tüchtig abmelken, weshalb – in virtueller Umkehrung – die „Stunde der Wahrheit“ möglichst lange hinausgezögert werden soll.

2. Wie holen private Beratungsbüros öffentliche Aufträge ein?

2.1 Gemeinwohl-Vermarktung mit System

Beim Gemeinwohl – vertrauensvoll in die Hände von Gemeinderäten und Kommunalverwaltern gelegt – handelt es sich rein praktisch besehen um ein äusserst attraktives und wenig geschütztes Marketing- und Bewirtschaftungs-Feld für Private, das vielerorts¹⁰ nach einer bewährten Systematik beackert wird. Planungs- und Beratungsunternehmen gehen nach einer ausgefeilten Taktik für die Beschaffung öffentlicher Aufträge vor.

Gemäss unseren Recherchen gestalten sich die verschiedenen Stufen des Vorgehens etwa wie folgt:

2.2 Vorgehens-Stufen

Stufe 1 Marktklärungen

- Abklärungen, wo geeignete öffentliche Geldtöpfe (Fördergelder, Subventionen etc.) bestehen/geschaffen werden, wie die Leistungsvoraussetzungen definiert sind, welche Begriffe für die Leistungsbeschreibungen verwendet werden, wie die Gesuche beschaffen sein müssen, um an die Gelder heranzukommen
- Abklärungen, welche öffentlichen Körperschaften (Gemeinden, Städte, Regionen) für die Akquisition von Beratungsverträgen geeignet sind
- Abklärungen, welche Kooperationspartner vor Ort (Mandatsträger und private Interessenkreise) in Frage kommen, welche systemischen und persönlichen, allenfalls fachlichen Defizite sie aufweisen

¹⁰ Die Vorgehensweise von Ernst Basler + Partner, ebp, ist u.a. am Beispiel „Gotthard-Region“ http://www.regiosangottardo.ch/de/webfm_send/2 offenkundig. Das „Umsetzungsprogramm San Gottardo“, geht schwerpunktmässig von der „Porta Alpina“ und dem Sawiris-Tourismus-Resort Andermatt aus.

Für die Arbeitsgemeinschaft der sieben Städte des Städtekranzes Berlin-Brandenburg nimmt die Ernst Basler + Partner GmbH seit 1995 die Geschäftsstellenfunktion wahr. Neben der „*administrativen und organisatorischen Steuerung der Netzwerkarbeit*“ sowie der „*Moderation von Projekt- und Arbeitsgruppen*“ umfasst diese Tätigkeit auch „*Politikberatung*“ in verschiedenen „*Handlungsfeldern der Stadtentwicklung*“. Mit diesem Projekt löst ebp mitunter beträchtliche Fördergelder aus. Zitat aus ebp-Verlautbarungen zum Projekt „Städtekranz Berlin-Brandenburg“ (man beachte die Ähnlichkeit zum städtebaulichen Konzept für Pfäffikon zwecks Überschreitung der bisher zulässigen baulichen Nutzung): „*Der Bebauungsplan schafft Planungssicherheit und gültiges Planungsrecht für eine sanierungsrechtlich unbedenkliche Bestandserneuerung*“ – „*Die Durchführung des Bebauungsplanverfahrens war geboten, um das erforderliche Baurecht zur beabsichtigten geordneten städtebaulichen Entwicklung zu schaffen, und weil durch die historischen Entwicklungen im Block auf einzelnen Grundstücken das maximal zulässige Mass der baulichen Nutzung für besondere Wohngebiete überschritten wird*“. Geschäftsstelle des Städtekranzes Berlin-Brandenburg, c/o Ernst Basler + Partner GmbH, Tuchmacherstrasse 47, 14482 Potsdam, e-mail: info@staedtekranz.de <http://www.staedtekranz.de>

Auffällig sind ebp-Engagements mit der Ausrichtung „*Zentrumsstärkung*“ und „*Rückbau*“, d.h. Gewinnung von massivem weitem Bauvolumen in Orts- und Stadtzentren. Im sächsischen Freiberg sollten z.B. 2007 insgesamt 1'000 intakte Wohnungen abgerissen werden, davon scheinbar 331 „altersgerecht“ eingerichtete Wohnungen. Grund: Fördergelder des Landes Sachsen. <http://www.freibaerger.de/thwb/showtopic.php?threadid=44>

Stufe 2 Aufbau enger Kontakte zu Ämtern und Behörden

Die externe Beratungsfirma dient sich – wohl wissend um diese Problematik – bei gezielt ausgewählten Politikern und Ämtern an. Es werden Treffen arrangiert, um danach ausladend dokumentiert zu werden. Die so aufgebauten Kontakte werden umgehend in die Eigenwerbung einbezogen. Damit wird nicht nur im Umkreis dieser Machtzentren sorgfältig ein Image als „Problemlöser-Kompetenzzentrum“ aufgebaut, die Firma soll nach aussen hin auch wie eine voll-legitimierte, quasi amtliche Instanz erscheinen.

Neue und ständig wechselnde Organisationsformen und anspruchsvolle, zeitraubende Aufgaben führen auf Ämtern und bei Behördenmitgliedern intern schon seit Jahren zu wachsender Verunsicherung, zu Stress und Überforderung. Auf diesem Nährboden haben private Experten, die kommunale Aufträge jagen, natürlich ein leichtes Spiel. Ja sie werden von den verunsicherten Verantwortungsträgern oftmals geradezu als „Retter in der Not“ empfunden.

Stufe 3 Dienstleistungsbeschreibung, Vertragsvorbereitung

Die Beratungsfirma verfasst beschreibende Dokus für ihre Dienstleistungen und Angebote zuhanden der angepeilten öffentlichen Auftraggeber. Inhalt: allgemein gehaltene Aufzählungen, Problembeschreibungen, Definitionen¹¹, Beschreibung der Strategie, Aktivitäten und Ziele, Analysen und Studien, Varianten, Leitbildtexte, Vorgaben für Master- und Richtpläne etc.

Stufe 4 Mantelverträge mit „der öffentlichen Hand“

Mit einem breiten Spektrum von marktwirtschaftlichen Mitteln wird die Unterzeichnung von taktisch wertvollen Absichts- und Dienstleistungsverträgen herbeigeführt.

Stufe 5 Pseudo-Mitwirkungsverfahren zur Ziel- und Projektdefinition Monopol für die Bedarfs-Interpretation wie auch für Schlussfolgerungen und Prioritätensetzung Legitimation der Strategie durch die Behörden

Nun werden durch die externen Berater möglichst Öffentlichkeits-wirksame Alibi-Instrumente wie z.B. eine „*Interdisziplinäre Planungsgruppe*“ (IPG) lanciert. Als orts-*unkundige* Theoretiker ergattern sie sich damit eine Sammlung lokaler und regionaler Fakten für nachfolgend zu erstellende Analysen und Planungspapiere. Die über solche Alibi-Instanzen beschafften Infos werden anschliessend mit einem Set von Stereotypen angereichert und als „*Mitwirkungsergebnisse*“ betitelt.

¹¹ Die Wortwahl ist den Subventionsvorgaben massgeschneidert angepasst.

Solche Konstrukte dienen dazu, der Öffentlichkeit eine volksnahe, demokratisch abgestützte Planung vorzuspiegeln¹².

Echte basisdemokratische Mitwirkung wird dadurch nicht nur trickreich, sondern auch rigoros ausgehebelt. Der Bevölkerung spricht man gleichzeitig systematisch die Legitimation ab, sich am laufenden Prozess zu beteiligen und damit auch rechtzeitig wirkungsvolle Korrekturen auslösen zu können. Als folgenreichster Übergriff und gleichzeitig grösste Farce im „Mitwirkungsprozess“ wird den betroffenen Bürgern verweigert, an der grundlegenden Zieldefinition und Prioritätenordnung teilzunehmen. „Mitwirkung“ wird erst zugelassen, wenn bezüglich des Planungsstadiums bereits mehrere unverrückbare Vorgaben bestehen und nur noch Verzierungs- und Alibi-Wünsche angebracht werden können¹³.

Das weitgehend angeeignete Auswertungs- und Definitionsmonopol ermöglicht es externen Verfassern, die Planungs-Prioritäten ziemlich autonom und eigenmächtig zu bestimmen – wobei Absprachen mit weiteren privaten Interessenten nicht ausgeschlossen sind. Gemäss den Erfahrungen und Recherchen im Bezirk Höfe geniesst im Fall von Freienbach generell weder die schnellste und effizienteste Problemlösung, noch die langfristig optimalste ganzheitliche Wirkung Vorrang. Vielmehr wird die Maximierung privater Gewinne durch gewieftete Steuerung behördlicher Vorgaben und öffentlicher Finanzierungen angestrebt.

Bei den privaten Beratern und Planern stehen selbstverständlich eigene wirtschaftliche Ziele wie Honorar-, Spesen- und Gewinnmaximierung im Vordergrund. Sie empfehlen sich zwar als Problemlöser, ihr geschäftlicher Erfolg boomt aber in der konkreten Praxis und nach aller Lebenserfahrung umso mehr, je länger die Probleme anhalten und eben *nicht* gelöst sind. Dadurch drängen sich folglich immer weitere Beratungen, Analysen, Strategien und Konzepte auf und können auf öffentliche Kosten eingebracht, bewilligt und ausgeführt werden.

Zur sprichwörtlichen Zementierung dieser Sachlage werden „*Master- und Richtpläne behördenverbindlich erklärt*“, dies mit dem Etikett „*übergeordnete Koordination*“. Auffällig oft folgt die Priorisierung der Massnahmen keiner eingängigen Logik¹⁴.

Projekt-Vorstufen werden jahrelang durch verschiedene Planungs- und Ingenieurbüros bearbeitet und beurteilt. Insgesamt vergab die öffentliche Hand dafür schon Millionen. Die entsprechenden Kredite werden dabei so portioniert, dass zwingend vorgeschriebene Entscheidungen an der Urne umgangen werden können¹⁵ oder aber mit kostspieligen Kampagnen, geschönten Zahlen und Szenarien attraktiviert werden – wie im Fall des Projektie-

¹² Tatsächlich erfolgt die gesamte Planung ausserhalb der IPG. Den IPG-Mitgliedern wird Geheimhaltung abverlangt. Sie erhalten die umfangreichen Sitzungsunterlagen normalerweise so spät – meistens erst an der Sitzung selbst –, dass sie der Möglichkeit beraubt werden, substantielle Beiträge zu leisten. Die „verbleibende Zeit für Diskussion“ an den Sitzungen ist marginal, häufig werden von externen Fachleuten oder Behördenmitgliedern langatmige Powerpoint-Präsentationen vorgeführt, um anschliessend feststellen zu lassen, dass die weiteren Traktanden (insbesondere die Diskussionen) aus Zeitgründen vertagt würden oder ganz wegzulassen seien. Meist unter Zeitdruck wird den IPG-Mitgliedern dann vielfach noch eine Pseudo-Absegnung der vorgegebenen Papiere abverlangt.

¹³ Beispiel: ebp-moderierte „*Quartiergespräche*“ im Herbst 2008 (in Pfäffikon am 4.9.2008) zur Ermittlung von Ideen für „*flankierende Massnahmen*“ zugunsten des „*städtebaulichen Konzepts Pfäffikon*“, das zwangsweise „als gegeben“ vorausgesetzt wurde, ebenso wie die „*Umfahrung Pfäffikon*“. Beide Vorgaben wurden als „*behördenverbindlich*“ erklärt, wenn auch vom Souverän noch nicht abgeseget. Deren Wünschbarkeit und Effizienz wird von grossen Teilen der Bevölkerung in Zweifel gezogen.

¹⁴ Diese Art der Projektierung ist auch verantwortlich für die Verzögerung von Massnahmen zur Verflüssigung des Verkehrs, z.B. schnell realisierbare Kreisellösungen bei der Löwenkreuzung Pfäffikon und der Einmündung Kantonsstrasse/Unterdorfstrasse oder Entlastung durch einen Vollanschluss Halten. Ausserdem würden dadurch über viele Jahre belastende und teure Provisorien unumgänglich.

¹⁵ Beispiel: Fällmistunnel; keine Abstimmung in der Gemeinde Freienbach, auf deren Hoheitsgebiet das Bauwerk zu stehen kommen würde!

rungskredits zur Umfahrung Pfäffikon¹⁶. Lediglich einzelne Projekte aus dem Gesamtpaket gelangen schliesslich via Baukreditabstimmung nach Jahren doch noch vors Volk.

Mit diesem Vorgehen halten private und behördliche Strategen weiteren Problemlösungsbedarf vereint am Köcheln, teils über Jahrzehnte hinweg, wie das Beispiel des Planungsmarathons zur „Umfahrung Pfäffikon“ typisch aufzeigt.

Dass dieses Vorgehen die Lebensqualität vor Ort zumindest nicht steigert und die öffentlichen Ressourcen schwer belastet und für die Stimmbürger Sachzwänge inszeniert, die eine freie Wahl praktisch verunmöglichen, wird von den Verantwortlichen natürlich nicht selber aufgezeigt.

Stufe 6 Verträge für Detailaufgaben

Die externen Berater machen sich bei den Behörden mit umfangreichen Dienstleistungspaketen unentbehrlich und schliessen die entsprechenden Verträge unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit ab¹⁷.

Stufe 7 ‚Besitzstandwahrung‘ für externe Beratungsbüros Verteidigungsmechanismen/Bildung von unheiligen Allianzen

Spätestens ab diesem Zeitpunkt ist die Motivation und Interessenlage zweischneidig: Hier die zahlende Bevölkerung mit ihren Bedürfnissen, dort die planende Elite aus Mandatsträgern, Experten und Bauwirtschaft.

Die Abläufe sind praktischerweise so festgelegt, dass die Berater langfristig das Zepter führen und damit eine ihnen genehme Eigendynamik auslösen können. Kleinere, aber durchaus problemlösende Ansätze werden dann absichtsvoll verhindert oder verzögert, weil sonst weit grössere geplante Aufträge und Bauvorhaben wegfallen würden. Solche unschönen Sachverhalte müssen realistischerweise als durchaus logisches Ergebnis privatwirtschaftlicher Strategien im öffentlichen Bauwesen gewertet werden.

Als Basis solch öffentlichen Wirkens werden kompetenztragende Amtspersonen je nach ihrer individuellen Empfänglichkeit mit gezielten Dosierungen an Allmachtsfantasien eingedeckt. Den Politikern wird vielfach erfolgreich suggeriert, Behörden und Berater würden am selben Strick ziehen – und selbstverständlich *nur* hehre und selbstlose Ziele verfolgen im Dienste des ‚unbedarften‘ Volkes und der ahnungslosen Öffentlichkeit.

¹⁶ Wenige Wochen nach der kommunalen Abstimmung wurde bekannt, dass effektiv von rund doppelt so hohen Projektierungskosten ausgegangen werden muss (Anstieg von 5.3 auf 10 Millionen Franken).

¹⁷ Unentbehrlich werden die externen Fachleute durch das Verfassen von Strategien und Grundlagenpapieren (Studien und Analysen), das Führen von Beratungsgesprächen mit Politikern und Beamten, die Koordination, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Events, Workshops und Infoveranstaltungen, durch das Schreiben von Politiker-Texten (Reden, Interview-Antworten, Argumentarien), die Herstellung von Breitband-Infos zuhanden der Öffentlichkeit (Visualisierungen, PR-Texte wie beim ebenfalls durch ebp inszenierten Projekt „Agglo Obersee“) etc. Und all dies verdankt die Politik mit Honorarzahungen aus der öffentlichen Kasse. Grössere Beträge werden dabei gesplittet und unauffällig gemacht, um sie so vor dem zahlenden Souverän sorgsam auszublenden und zu verstecken.

Zu den Berater-Dienstleistungen gehören deshalb auch Strategien zur Ausschaltung von Störfaktoren, die den „Goldesel“ allenfalls zum Stillstand bringen könnten. Zu diesen ‚Störungen‘ im Planungsgetriebe werden z.B. Anregungen engagierter Einwohner gezählt, die vor Ort leicht umsetzbare, kostengünstige Alternativen erkennen und formulieren. Gegen mögliche basisdemokratische Vorstösse solcher Art schliessen die Beratungsfachleute mit verschiedenen politischen Akteuren Allianzen; die Lösungsvorschläge werden intern Schubladisiert und nach aussen abgewertet, bei Bedarf auch mit schrill unsachlichen Behauptungen bekämpft. Dagegen favorisiert man rhetorisch gestylte Projekte mit denkbar ungünstigem Kosten-/Nutzenverhältnis.

Dieses Vorgehen führt immer wieder zu Widerstand in der betroffenen Bevölkerung. So entstanden etwa im Umfeld von ebp-dominierten Gemeinwesen auffällig viele Bürgerbewegungen, die sich gegen eine solche Planungsdynamik und vorgestrige Autoritätskultur wehren¹⁸.

Stufe 8 Nach dem Fiasko; Problem-Umkehrung und Schuldzuweisung

Schlägt dann doch noch die Stunde der Wahrheit – und der Bürgerwiderstand kann derlei hintergründige Absichten vereiteln – oder die Bürger lehnen an der Urne eine so zustande gekommene Vorlage ab –, so kontern die privaten Berater meist sehr wendig. Stellungnahmen werden verfasst und flammende Reden für Politiker geschrieben, mit denen der Bock zum Gärtner gemacht und die Schuld dem Stimmvolk in die Schuhe geschoben wird.

Mit dieser Problem-Umkehrung werden wiederum neue lukrative Planungsrunden für die Berater eingeläutet, ... bis sie definitiv durchschaut und endlich in ihre Schranken verwiesen werden.

¹⁸ Zur Illustration für viele vergleichbare praktische Anstösse diene der kürzlich verfasste Brief eines Freienbacher Bürgers (Alois Setz, Wilen) an Lorenz Raymann, ebp, im Anhang

Auch in Deutschland wird Druck gemacht von Bürgerseite, und es sind teils sehr sinnvolle Zwischenschritte gemacht worden (z.B Patenschaften für Freiflächen, etc.)
http://www.stadtumbau-ost.info/praxis/veranstaltungen/transferveranstaltung/2008/03_Buergermitwirkung%20im%20Stadtumbau%20Ost_Dokumentation.pdf

3. Propaganda und Verfahrenstricks unterlaufen demokratische Ansprüche

Die subtile Gewaltausübung¹⁹ durch sprachliche Manipulation feiert wohl nirgends so variantenreich Urständ wie im deutschsprachigen Planungsgeschäft und Stadtbau-Gewerbe. So sind die Berater-Papiere voll von konstruierten Wortschöpfungen, die auf Anhieb nur schwer durchschaubar sind. Allgemein gültige Sprachwerte werden regelrecht aufgeschlitzt und ins pure Gegenteil verkehrt. Zum Nachteil der betroffenen Bevölkerung und ihrer Lebensräume ist solche Hirnwäsche strafrechtlich leider kaum relevant und wird zu allem Überfluss auch noch mit Steuergeld finanziert.

Gewieft „Sockelschreiber“ produzieren aus dem Nichts gefällige Papiere, um sie passgenau auf die angesteuerte öffentliche Trägerschaft zu projizieren. Ein sorgfältig gepflegtes PR-Verbundsystem mit Bund, Kantonen, Regionen und Gemeinden sorgt dafür, dass solche Beiträge vielfach ohne Autoren- oder Quellenangabe in den Info- und Unterhaltungs-Rubriken zahlreicher argloser Medien Einlass finden, um dann als Eigenleistung der jeweiligen Redaktion zelebriert zu werden²⁰.

Wie am Beispiel des Freienbacher Gemeinde-„Magazins“ ersichtlich ist, werden effektive Spekulanten-Visionen als einzig erstrebenswerte und unausweichliche Zukunftsvorstellung vorgegeben. Die zuständigen Exekutivmitglieder lassen sich dabei quasi als Projektverkäufer instrumentalisieren. Man jubelt sie in „als-ob“-Manier als Projektverantwortliche hoch, portraitiert sie als Politstars und deckt sie projektspezifisch mit Argumentarien ein. Mit dem Ergebnis, dass diese mit leeren Floskeln und aufgedunsenen Behauptungen gespickte „Expertensprache“ mit der Zeit fast vollständig übernommen und endlos repetiert wird. Merkblätter für Pauschal-Antworten auf vorsorglich einkalkulierte Bürgerfragen sind ein fester Bestandteil der Berater-Dienstleistungen an Behördenmitglieder.²¹

¹⁹ Z.B. werden die beiden Begriffe „Kommunikation“ und „Dialog“ regelmässig dort angewandt, wo ein wechselseitiger sachlicher Austausch zwischen Bevölkerung und Planern/Behörden als Grundvoraussetzung demokratischen Handelns erwartet werden darf, die Entscheide aber schon „behördenverbindlich“ gefallen sind. Offener Austausch zum Zweck einvernehmlicher Entscheid-Korrektur ist im Programm nicht vorgesehen. Zu Worthülsen degradierte Werte wie „Kommunikation“ und „Dialog“ sollen lediglich eine Ethik vortäuschen, wonach das Volk als oberstes Entscheidungsorgan hoch geachtet und als Partner auf dem Entscheidungsfindungsweg verstanden werde. Je weniger die Planer eine rechtzeitige Befragung und Mitwirkung der Bevölkerung zulassen wollen, desto mehr schütten sie Eigenlob über Pseudo-Mitwirkungsgremien, Pseudo-Kommunikationsveranstaltungen und Pseudo-Kommunikationsmittel aus. (Beispiele: Gemeindemagazin, Höfemobil – oder als weiterer Clou: inszenierte Gruppen mit Gutmütigkeits- und Freiwilligenbonus und Tupperwareparty-Flair wie die durch ebp offerierte Inszenierung von Frauen- und Jugendgruppen im ebp- „Gothardraum“-Projekt (siehe dazu auch Fussnote 22).

²⁰ Strategie- und Politikberatung, Prozessbegleitung/Moderation sind ausgesprochene Domänen von ebp, egal ob in Deutschland oder in der Schweiz. Allerdings heben die Planer diese Eigenstärke nur in Deutschland sichtbar hervor, während dieselbe Firma in ihrem schweizerischen Wirkungs-Umfeld diese besondere Dienstbarkeit des Polit-Coaching vornehm verschweigt. In der Schweiz werden die Fäden sehr diskret gespannt.

Im Freienbacher „Gemeindemagazin“ waren in den bis April 09 erschienenen 5 Ausgaben nur jeweils die Begrüßungsworte des Gemeindepräsidenten gezeichnet; die restlichen 35 Seiten erschienen bezeichnenderweise stets anonym.

²¹ So gab René Mohn (selbständiger PR-Berater des Gemeinderates, bis April 2009 Leitung dem Gemeinderat Freienbach betr. Investitionsbeitrag zur Umfahrung Pfäffikon (Abstimmung Juni 2007) z.B. folgende Fragen und Antworten vor: „*Frage: Was sagen die Nachbardörfer zur Umfahrung Pfäffikon? Antwort: (...) Die Nachbardörfer wünschen sich die Umfahrung Pfäffikon und unterstützen sie.*“ „... eine reine Zweck-Behauptung ohne irgendwelche Abstützung etwa durch Befragung der Dorfbewohner!“

In Tat und Wahrheit deckt man die Bevölkerung mit vorgefertigten Projektionen ein, um sie in ihrer Entscheidungsfähigkeit auszubremsen. Die grundlegenden Bedürfnisse nach Nestwärme, Identifikation und Wohlbefinden im unmittelbaren Lebensraum der ungefragten – und dadurch nicht mehr ganz so freien – Bürger werden ignoriert. Sie sollen glauben, es sei bereits zu spät, sich eigene kreative Vorstellungen zu machen, selbständig mitzudenken und mitzugestalten, ja es bleibe ihnen einzig noch die Wahl zwischen dem Ja-sagen an der Urne und Inkaufnahme eines Scherbenhaufens bei Ablehnung.

Selbstverständlich kommen solche von Beratungsfirmen ausgeheckten und ‚betreuten‘ Publikationen arglos daher, so als wären sie dem selbstlosen Dienst am Volke höchst verpflichtet und auch dem sozialen Kontext im örtlichen und regionalen Raum wärmstens verbunden. Die Themen sind eingängig und populistisch gewählt und erscheinen wie von einem gütigen und sozialen Über-Ich aufbereitet.

4. Welche Arbeit zu welchen Kosten?

Für die kommenden Jahre ist geplant, Hunderte Millionen von Steuergeldern in Projekte auf Freienbacher Gemeindegebiet zu investieren. Damit stehen bald einmal folgenschwere Entschiede an der Urne an und die Stimmbürger sind auf sachlich korrekte, offene und ungefilterte Information angewiesen. Bisher war es der Öffentlichkeit beispielsweise nicht möglich, Ein- und Überblick zu den Dienstleistungs-Verträgen zwischen der Gemeinde und ihren privaten Beratungspartnern wie etwa ebp zu erhalten.

Selbst Berater-Finanzierungspläne kommen arglos im Stil amtlicher Papiere daher. Das dahinter stattfindende rührige Orchestrieren in eigener Sache wird tunlichst verborgen. Es bedarf eines fast detektivischen Spürsinn, um das Kompetenz-Geflecht zu entwirren und den zur Schau gestellten ÖV-, Ethno- und Sozialfokus zu durchschauen. Hinter all den kunstvoll aufgebauten Silhouetten steckt letztlich ein kühles privatwirtschaftliches Kalkül.

Mit folgender Forderung soll von politischer Seite her einer weiteren Begünstigung und Ver selbständigung privatwirtschaftlicher Berater-Interessen auf Kosten der Allgemeinheit entgegengewirkt werden. Die notwendigen Korrekturen sind dringend vorzunehmen.

Durch eine übersichtliche und kontrollierbare Zusammenstellung all dieser Vereinbarungen und ihrer finanziellen Tragweite soll die Bevölkerung über den Expertenbeizug orientiert werden. Die genauen Zahlen und die entsprechenden vertraglichen Regelungen sind von den zuständigen Verwaltungen (kantonal und kommunal) offenzulegen.

Welch pompöse Gesamtsumme die Zahlungen der Gemeinde Freienbach an externe Beratungsbüros seit den frühen Neunzigerjahren ergeben, lässt sich anhand unserer Recherchen nur vermuten. Im Rahmen des „Umsetzungsprogramms San Gottardo“ wurden unter ande-

rem branchenübliche Tarife²² veröffentlicht, die Rückschlüsse auf bereits getätigte Zahlungen durch Gemeinden sowie regionale, kantonale und eidgenössische Stellen zulassen.

Als aufschlussreich dürften sich auch Nachforschungen zum Hintergrund des Freienbacher „Gemeindemagazins“ und der Rolle von externen Beratern erweisen. Ebp offeriert beispielsweise beim „Gotthard-Projekt“ eine Position für „Intensive Kommunikation und Dialog mit der Regionsbevölkerung“ zum Preis von Fr. 180.000.-. Dies erinnert stark an die hohen Gemeindemagazin-Kosten von Freienbach²³. Der tatsächliche Produktionsaufwand pro „Magazin“ liegt branchenüblich um einen grossen Faktor tiefer, nämlich bei einer Obergrenze von rund Fr. 40.000.- inkl. Redaktion, Gestaltung, Druck und postalischen Zustellgebühren. Offen bleibt deshalb, ob von den budgetierten cirka Fr. 130'000.- pro Nummer eine entsprechend grosse Franchise-Gebühr an externe, private Berater abfließt, oder ob damit weitere, inoffizielle Forderungen befriedigt werden. Ein anderer Verbleib der stattlichen Differenz zu den realen Kosten blieb bisher unauffindbar.

Aufgefundene Finanzierungs-Management-Papiere verwischen geschickt, ob und wie weit eine Zielformulierung oder ein Auftrag primär von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden oder halbstaatlichen Organisationen stammt – oder doch eher allein von der Beraterfirma erfunden und lanciert wurde, im Verbund mit geeigneten privaten Investoren²⁴.

Diese Strategie funktioniert aber nicht immer störungsfrei. Luftblasen, die riesige Subventionen versprechen, pflegen mitunter zu platzen wie die im Dezember 2008 nicht zugesprochenen Bundesgelder²⁵ für Agglo-Obersee und die Höfner Masterplan-Projekte. Darum kokettieren Beraterfirmen ab und zu auch mit möglicher „Nicht-Realisierung“ und folglich mit Beiträgen „lediglich à fonds perdu“²⁶.

<p>22 - „Produkte für Sommertourismus bündeln</p> <p>- „Ausarbeitung einer Wort-Bild-Marke ‚San Gottardo‘</p> <p>- Synergien Tourismusprojekt Andermatt für Gotthard-Raum nutzen</p> <p>- Einzigartigkeit der Porta Alpina als touristische Attraktion entwickeln</p> <p>- Umnutzung von Militär-Immobilien im Rahmen eines Gesamtkonzeptes für den Gotthard-Raum</p> <p>- Projektideen zur Vernetzung von Wissen</p> <p>- Intensive Kommunikation und Dialog mit der Regionsbevölkerung, mit Unternehmen und Anspruchsgruppen. Integration auch von Aussenstehenden in die Diskussion (Gäste, Studenten, Geschäftspartner, ansässige Firmen und weitere relevante Stakeholder)</p> <p>- Einheitlicher Auftritt des Gotthard-Raums nach Innen und Aussen: z.B. Website</p> <p>- Gelegenheiten ermöglichen zur Förderung der Zusammengehörigkeit und Stärkung des Selbstbewusstseins. Zum Beispiel: Durchführung eines periodischen Gotthardfestes / Ausstellung / Öffentliche Veranstaltungen / Accademia San Gottardo</p> <p>- Netzwerkbildung im Gotthard-Raum über die Kantonsgrenzen hinweg. Z.B. Initiierung von Frauengruppen und Jugendvereinigungen</p> <p>- Bereitstellung operativer Ressourcen für die Realisierung des Umsetzungsprogramms: Etablierung einer professionellen Umsetzungsstelle (Projektleitung San Gottardo)</p>	<p>Fr. 150.000.-</p> <p>Fr. 75.000.-</p> <p>Fr. 30.000.-</p> <p>Fr. 75.000.-</p> <p>Fr. 100.000.-</p> <p>Fr. 100.000.-</p> <p>Fr. 180.000.-</p> <p>Fr. 70.000.-</p> <p>Fr. 100.000.-</p> <p>Fr. 30.000.-</p> <p>Fr. 600.000.-</p>
--	--

²³ Pro Jahr werden für das Gemeindemagazin Freienbach (Auflage offiziell ca. 8'600 Ex.) gemäss Behördenangaben rund Fr. 400'000.- ausgegeben.

²⁴ Wie z.B. Samih Sawiris mit dessen Projekt in Andermatt und mutmasslichen weitergehenden Interessen, z.B. an der Infrastruktur diverser Bergbahnen wie z.B. der „Matterhorn-Gotthardbahn“.

²⁵ Für den Fall einer Beteiligung des Bundes am erfindungsreichen Projekt „Agglo Obersee“ führte ebp einen Kostenposten für bereits erbrachte Leistungen im Umfang von 123 Millionen auf, obwohl die Planung zur Hauptsache nur virtuell erfolgte.

²⁶ Zur Vorbeugung – falls die geschilderten Visionen für den Gotthard-Raum scheitern würden – schrieb ebp u.a.: „Die vier Gotthard-Kantone sind übereingekommen, im Rahmen des Umsetzungsprogramms San Gottardo lediglich à fonds perdu-Beiträge und keine Investitionsdarlehen bereit zu stellen, bzw. beim Bund zu beantragen“.

5. Wie sehen die Umsetzungserfolge aus?

Für die Bevölkerung gibt es eine einzige Messlatte für wirklichen Planungserfolg: Erfreuliche Lösungen, die sich im Alltag auch langfristig bewähren.

Gemessen an diesem Anspruch ist der Umsetzungserfolg der bisherigen Siedlungs- und Verkehrsplanung innerhalb der Gemeinde Freienbach ausnehmend bescheiden. Aus den langjährigen Beratungen, den umfangreichen Analysen, Strategie- und Lenkungsmaßnahmen, Medienkampagnen, Wurfsendungen, Veranstaltungen etc. resultierte bis heute nur sehr begrenzte Wertschöpfung für das Gemeinwesen. Hingegen ist die chaotische Raumplanungssituation und der Wildwuchs im Bauwesen der Gemeinde Freienbach weitherum sprichwörtlich.

Chronische Probleme und Schwachstellen, für welche einfache und kostengünstige Lösungen vorhanden sind, bestehen nach wie vor. Die Verzögerungen sind weder von den Behörden, noch von den externen Planern je befriedigend begründet worden. Vielmehr wird auf teure und ineffiziente Pflasterstein-Massnahmen²⁷ gesetzt. Trotz breiter Kritik aus der Bevölkerung loben die Verantwortlichen diese quasi-Lösungen sogar als Vorzeigemodelle. Unbeeindruckt vom negativen Feedback der „Beschenkten“ planen sie ähnliche ‚Allheilmittel‘ unbekümmert auch noch andernorts ein.

Seit Jahren suchen engagierte Freienbacher das Gespräch mit den Behörden und Planern, bringen konkrete Vorschläge ein, lancieren Umfragen und Unterschriftensammlungen und melden sich auch in den Medien zu Wort. Ihre Erfahrungen mit den behördlichen Kommunikations- und Dialogversprechen sind indessen sehr ernüchternd. Sie erhalten entweder überhaupt keine Antwort oder es wird mit Ausflüchten und Vertröstungen reagiert. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass sowohl die Verwaltung, als auch der Gemeinderat mit den Fragen der interessierten Bevölkerung oftmals überfordert ist, denn - welch bedauerliches Fazit - die Problemlösungen wurden ja schliesslich an Externe delegiert...²⁸

Vier Gedanken zur Effizienz der bisherigen Planung:

- **Schwülstige Worte / unbefriedigende konkrete Ergebnisse**
- **Das Wort anstelle der Tat**
- **Halbwahrheiten und Schlaumeiereien verhindern vernünftige Lösungen**
- **Wo die Planungs-Argumente beim besten Willen nicht logisch sind, lohnt sich die Frage nach den Profiteuren und ihren Seilschaften, die bei der Lancierung und Durchsetzung von verdeckten Privatinteressen mithelfen**

Und: „Die vier Gotthard-Kantone stimmen überein und bekennen sich, die Entwicklung des Gotthard-Raumes mit dem vorliegenden Umsetzungsprogramm voranzutreiben. Dies gilt auch für den Fall der Nicht-Realisierung von Porta Alpina oder Tourismusresort Andermatt.“

²⁷ Beispiele: Dorfplatz Pfäffikon, Mittelstreifen auf der Seestrasse Bäch

²⁸ Zur Illustration für viele vergleichbare praktische und aufwändig erarbeitete Anstösse aus der Bevölkerung ist im Anhang der kürzlich verfasste Brief eines Freienbacher Bürgers an die ebp (Lorenz Raymann) beigefügt.

6. Eröffnung der Diskussion

Es versteht sich von selbst, dass die Bürger mitdenken, mitreden und mitentscheiden wollen bei Planungen und Umsetzungen, die sie nachhaltig selbst betreffen. Ungeachtet des hier mehrfach geschilderten behördlichen Mauerns wähen wir uns doch immer noch in einem demokratischen Land, fordern echte Mitwirkungsrechte, freie Diskussion und Meinungsäusserung und lassen uns weder einschüchtern, noch zermürben. Daran kann auch die teils sehr emotional gefärbte Abschottungsstrategie der Verantwortlichen nichts ändern, ebenso wenig wie der offen zur Schau gestellte Frust und Ärger von Behörden und Planern, wenn sie mit kritischen Feedbacks von Bürgern konfrontiert werden.

Der hiermit vom Bürgerforum lancierte Anstoss zur öffentlichen Diskussion entstammt einer grossen Sorge um das Gemeinwohl in unserer Gemeinde und in unserer Region. Vertiefte Nachforschungen und Recherchen brachten alarmierende und nicht mehr länger hinzunehmende Zusammenhänge ans Licht. Die Rückkehr zur basisdemokratischen Kontrolle ist deshalb dringend angesagt, ja wird schon wegen äusserer und innerer Dringlichkeit zum Gebot der Stunde.

Drei Fragen stehen im Raum, die unsere Volksvertreter nun zu beantworten haben:

- 1. Welche Rolle spielt das Büro *Ernst Basler+Partner* (und damit verbundene Auftragnehmer wie z.B. *Bernadette B.*) effektiv in der Siedlungs- und Verkehrsplanung der Gemeinde Freienbach? Desgleichen ist Auskunft über die diesbezügliche Rolle der Büros *Jauch Zumbstein Pfy* und *Remund & Kuster* zu erteilen.**
- 2. Welchen Gesamtbetrag bezahlte die Gemeinde Freienbach seit Anfang der Neunzigerjahre an welche Beratungs- und Planungsbüros? Welche Dienstleistungen wurden damit konkret abgegolten?**
- 3. Die Instrumentalisierung der Medien durch Planer und Behörden ist offenkundig. Per Anfang Juni 2009 schuf die Gemeinde Freienbach eine zusätzliche Stelle für Öffentlichkeitsarbeit. Welches Mandat sehen der Arbeitsvertrag, die Leistungsbeschreibungen und allfällige Reglemente etc. im Detail vor?**

Zur Anregung der öffentlichen Diskussion und zur Erarbeitung und Ableitung eigener Stellungnahmen (auch konkreter Vorschläge zu sowohl systemischen als auch pragmatischen Verbesserungen) wird dieses Faktenpapier durch das Bürgerforum an die kommunalen Parteien in Freienbach herangetragen und im Weiteren via Medien-Information thematisiert.

Das Dokument kann von Interessierten mit vorfrankiertem und adressiertem Antwortcouvert angefordert werden.

Download auch auf der Internetseite des Trägervereins Bürgerforum Gemeinde Freienbach: www.buergerforum-freienbach.ch

Anhang

Kopie eines Briefes aus der Bevölkerung an Lorenz Raymann, , c/o ebp, Zürich
(mit freundlicher Genehmigung zur Veröffentlichung als Anhang zu diesem Faktenpapier durch den Autor)

A. Setz - Thurnherr
Hungerstrasse 47
8832 Wilen / Wollerau

Wilen, 30. April 2009

Ernst Basler+Partner AG
z.H. Herrn Lorenz Raymann
Zollikerstrasse 65
8702 Zollikon

Planungsleistungen für die Gemeinde Freienbach / Mobilität im Bezirk Höfe

Sehr geehrter Herr Raymann

Anlass, Ihnen zu schreiben, gibt mir das „Magazin Freienbach“, Ausgabe April - Juli 2009. Dort nehmen Sie als „**Leiter der IPG**“ auf den Seiten 24 - 26 zum Thema Mobilität zu verschiedenen Fragen Stellung. Viele Ideen und Vorhaben, die der Öffentlichkeit in den letzten Monaten und Jahren präsentiert wurden und unter Ihrer Leitung standen, möchte ich nebst anderen Feststellungen mit diesem Schreiben hinterfragen.

Aus meinen Unterlagen ist ersichtlich, dass Sie die Gemeinde Freienbach seit vielen Jahren in grossem Umfang beraten. So sind Sie z.B. bereits in der Broschüre „Verkehrsentlastung Freienbach, Umfahrungsvarianten, Gesamtkonzept und Realisationsprogramm“ vom Oktober 1992 als Projektleiter der Firma Ernst Basler+Partner AG (zusammen mit 7 andern Mitarbeitern) aufgeführt.

Auf die Frage, wie Sie gegen aussen in Erscheinung treten, erklären Sie im „Gemeinde-Magazin“, dass Sie erst kürzlich zusammen mit Mitgliedern des Gemeinderates eine Vertretung der IG Freizeit Wilen zu einem Gespräch getroffen haben. Zusammen mit vielen weiteren Einwohnern von Wilen, die beunruhigt sind über die auf uns zukommenden Verkehrsprobleme, habe ich eigentlich erwartet, dass wir über das Ergebnis dieser Aussprache eingehend orientiert werden. Leider ist dies von keiner Seite her passiert, auch nicht von der IPG, die doch ein wichtiges Meinungs- und Problemlösungsinstrument zur Optimierung der Verkehrsentlastung sein will. Vielmehr wurde via Zeitungsbericht bekanntgegeben, dass darüber Stillschweigen vereinbart worden sei. Wiederum hat man eine Gelegenheit verpasst und die behördliche Pflicht zur sachlichen und offenen Information der Einwohner missachtet. Dass dieses Vorgehen kein Vertrauen bewirkt, ist vermutlich jedem klar, der sich einigermaßen mit dem heutigen Demokratieverständnis auseinandersetzt. Wir Bürger möchten **nüchtern und klar** darüber informiert werden, was auf uns zukommt.

„**Im Zentrum steht die Verkehrsentlastung!**“ So umschreiben Sie Ihren Auftrag im Titel des Artikels. Mit allen bisherigen Vorschlägen der Planer wird das Höfnerland mit seinen Dörfern aber nicht entlastet, sondern vielmehr mit zusätzlichem Verkehr belastet. Seit kurzem wird endlich auf öffentlichen Druck hin zugegeben, dass die Planung absichtlich in Kauf nimmt, die Dörfer Wilen und Freienbach mit Mehrverkehr zu belasten. Flankierende Massnahmen sollten in Freienbach und entlang der Wilenstrasse die unerwünschten Nebenerscheinungen minimieren. Leere Phrasen! Wie diese Massnahmen nämlich konkret aussehen sollen, wird wohlweislich von allen Verantwortlichen verschwiegen oder es werden nicht nachvollziehbare Behauptungen zum Besten gegeben wie z.B. im Höfner Volksblatt vom 12.2.2009, als Kantonsingenieur Franz Gallati eine Begegnungszone auf der Wilenstrasse in Aussicht stellte und davon sprach, dass die Pfäffiker nicht mehr via Wilen auf die Autobahn nach Zürich fahren dürften.

Immer wieder wird auch darauf hingewiesen, dass in einer Übergangsphase eventuell die Ausfahrt Wollerau – von Zürich herkommend – wegen Sicherheitsaspekten im Blatttunnel infolge Verkehrsüberlastung bei der Ausfahrt Wollerau zeitweise gesperrt werden müsste. Meiner Meinung nach ist dies reine Angst- und Stimmungsmacherei, denn ähnliche Ausfahrten gibt es auch bei andern Autobahnen (Sonnenbergtunnel in Luzern, Rosenbergtunnel in St. Gallen).

Vor etlichen Jahren hat Herr RR Hess, damals noch kantonaler Baudirektor, in einem Interview die Meinung vertreten, dass die Autobahn noch viele zusätzliche Fahrzeuge verkraften könnte, was auch die vom Tiefbauamt des Kantons Schwyz in Auftrag gegebene „Beurteilung der Zweckmässigkeit Ausbau Anschluss Halten N3“ vom 13.1.2005/23.2.2005, Rapp Trans AG und der Bericht „Auswirkungen des Masterplans Höfe auf die Nationalstrasse A3“, Rapp Trans AG, 22.5.2006 bestätigen.

Seit Jahren haben Bürger, Politiker und Parlamentarier den Vollanschluss Halten gefordert. Hätte man den gesunden Menschenverstand walten lassen, wäre dieser nun längst gebaut.

Unbestrittene Tatsache ist, dass neue Strassen auch mehr Verkehr bringen (vgl. Ihr eigenes Zitat im „Wendekreis“, Nov. 08). Trotzdem gibt Ihre Planung zusätzlichen Strassen den Vorrang vor der einfachen, schnell realisierbaren **Entlastungsmassnahme Vollanschluss Halten**. Ginge es bei der Verkehrsoptimierung wirklich um Entlastung, dann müsste es für die Planer selbstverständlich sein, den Verkehr primär auf die Autobahn zu verlagern. Ich bin – wie wohl ein grosser Teil der Bevölkerung – überzeugt, dass damit die wirkungsvollste Entlastung für das ganze Höfner Gebiet erreicht wäre. Meiner Meinung nach müssten dann die Projekte „Anschlussverlegung Wollerau“ und „Umfahrung Pfäffikon“ gar nicht mehr gebaut werden. **Ein Vollanschluss Halten würde allen Dörfern Entlastung bringen, ganz besonders aber dem Dorfkern Wollerau. Die Feusisberger, ein grosser Teil von Pfäffikon und die Freienbacher würden den Haltenanschluss nach Zürich benützen. Selbst Wilen würde einen merklichen Verkehrsrückgang registrieren können.** Ich frage mich, um welche Ziele es also effektiv bei der Verzögerung der Entlastungsmassnahme Vollanschluss Halten und Bevorzugung teurer, wenig wirksamer neuer Strassenbauten geht ?

Der **Dorfplatz Pfäffikon** ist seit der Umgestaltung vor ein paar Jahren sehr, sehr unbefriedigend. Ich zitiere Ihre Aussage dazu: *„In Pfäffikon bestand beispielweise die Absicht, den Dorfplatz von beiden Seiten zu sperren. Wir verfolgten damals auch die Variante, dem Schleichverkehr einen Riegel zu schieben. Wir kamen aber davon ab. In verschiedenen Diskussionen zeigte sich, dass ein Fahrverbot unverhältnismässig wäre. Dies führte zur Entscheidung Verkehrsberuhigung mit Tempo 20“*.

Diese Ausführungen überzeugen mich in keiner Weise. Wo bleiben die Argumente für das sogenannte unverhältnismässige Durchfahrtsverbot? Kamen Sie in Tat und Wahrheit davon ab, dem Schleichverkehr einen Riegel zu schieben, weil sie ihn sogar absichtlich fördern wollen? Wird im Hintergrund von den Planern die Absicht verfolgt, damit eine Parallelstrasse zur Churerstrasse offenzuhalten?

„Begegnungszone“ wird der Pfäffiker Dorfplatz mit seinem grossen Durchgangsverkehr in Ihren Planungspapieren genannt. Nach meinem Empfinden verhöhnt diese Bezeichnung die Bürger. Eine Stichprobenzählung am 22. April 2008 hat ergeben, dass von den 1036 Fahrzeugen, die in Richtung West-Ost fuhren, 25,3 Prozent auf dem Dorfplatz parkierten, 74,7 Prozent fuhren weiter, davon bogen nur 6,9 Prozent in die Oberdorfstrasse ab. Ganz ähnlich lauten die Erhebungen von der Gegenrichtung her. Nach wie vor ist es auf diesem Platz höchst ungemütlich. Er strahlt keine behagliche Atmosphäre aus, wie man sie andernorts an öffentlichen Plätzen erlebt, auf denen sich die Menschen gerne aufhalten. Die Pfäffiker „Begegnungszone“ lädt nicht ein zum Verweilen. Besonders als Fussgänger hat man trotz Tempo 20 absolut kein gutes Gefühl. Der Verkehr beherrscht den ganzen Platz.

Lösungsvorschläge:

a) Es wäre eine Kleinigkeit, den Schleichverkehr via Etzel- und Schützenstrasse zum Seesdamm Center zu unterbinden. Der Dorfplatz muss zwar – wichtig auch für die dortigen Geschäfte und das Gemeindehaus – mit Fahrzeugen erreichbar sein, **jedoch nur von einer Seite her**. Die Ein- und Ausfahrt zur Schindellegistrasse oder zur Etzelstrasse mit versenkbaren Pfosten für Polizei und Feuerwehr hätte bedeutende Vorteile gegenüber dem jetzigen Zustand. Eine einseitige Sperrung würde zu einer allseits befriedigenden Lösung beitragen, nämlich zu einer Begegnungszone, die diesen Namen mit Recht tragen würde und diesen wertvollen Platz als Zentrum von Pfäffikon enorm aufwerten könnte.

b) Mit ein paar Tischen, Stühlen und mobilen Pflanzenbecken, eventuell auch einem kleinen Verkaufsbereich, könnte man die Parkplätze an der östlichen Hauswand Metzgerei Egli/Chäslade Schmuki in der warmen Jahreszeit zu einem echten Begegnungsplatz umgestalten. Dies wird auch von den Betreibern dieser Detailgeschäfte gewünscht. Minimalster finanzieller Aufwand könnte hier schon ermöglichen, einen echten Treffpunkt für die Bevölkerung entstehen zu lassen.

c) Als Variante könnte auch das Parkfeld bei der ehemaligen Annakappelle – nordwestlich Gemeindehaus und Metzgerei Vetter – zugunsten einer kleinen Anlage mit Bäumen, Sträuchern, Bänken und Kinderspielplatz umgestaltet werden, es würde den Dorfkern schon aufwerten, wenn sogar nur ein Teil dafür genutzt würde. Wenn die Gemeindevertreter mit dem Besitzer gut verhandeln, kann man diese Idee sicher relativ einfach umsetzen.

Noch ein paar Gedanken zum Schlussbericht mit dem Titel „*Gemeindeentwicklung*“, verfasst von Ernst Basler+Partner AG, erschienen am 19.5.2003, Auftraggeber Gemeinde Freienbach. Ob Sie, Herr Raymann, an diesem Bericht gearbeitet, ihn sogar selber verfasst haben, und ob Sie sogar als Planer und Berater bei den unten aufgeführten Strassenprojekten verantwortlich sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Interessant ist es allemal, nach nur 6 Jahren in dieser Zusammenfassung zu lesen:

„Meiner Meinung nach war dies eine Arbeit ohne eigentliche Zukunftsvisionen, mit ganz allgemeinen Empfehlungen, Feststellungen und Vorschlägen, die auch auf jede andere grössere Gemeinde 1:1 übertragen werden könnten und die deshalb – so sehe ich es – auch nicht massgeschneiderte ortsspezifische Problemlösungen bewirken konnten. Von Planern, die lange Jahre auf der Honorarliste der Gemeinde stehen, erwarte ich natürlich, dass viele konkrete Verbesserungsvorschläge aufgelistet werden. Zudem muss ich festhalten, dass bei meinem Exemplar die Skizzen, Tabellen und Pläne ausserordentlich schlecht lesbar sind.“

Drei Themenbereiche für meine Kritik:

I. ÖV: In all Ihren Papieren – so auch im Mobilitätskonzept Freienbach, Aug. 2006 – wird immer wieder darauf hingewiesen, der öffentliche Verkehr sei zu stärken, er sei nicht zu behindern, die ÖV-Attraktivität sei wenn möglich zu verbessern etc. In der Realität aber stelle ich eher das Gegenteil fest. Meine nachfolgende Aufzählung ist unvollständig, es könnten noch etliche Strassensanierungen in der Gemeinde Freienbach aufgezählt werden, die zu Schikanen gegen den ÖV geworden sind:

– vor ca 15 Jahren wurde die Schöfflistrasse saniert. Das Trottoir wurde auf der falschen Seite gebaut, d.h. nicht auf der Seite der Häuser. Zudem wurde die Strasse so schmal gebaut, sodass der Höfner Bus auf dieser Strecke nie kreuzen kann. Wertvolle Minuten gehen hier durch Funkabsprache und Warten auf das entgegenkommende Postauto verloren, die anderswo eingesetzt werden könnten, z.B. für den Zuganschluss nach Chur oder bei grossem Verkehrsaufkommen, um den Bahnhof termingerecht zu erreichen. Um dies zu verdeutlichen, ein Vergleich der Fahrzeiten: Vom Bahnhof Pfäffikon bis zum Bahnhof Wilen mit 10 Haltestellen benötigt der Bus 9 Minuten, für die weitere sehr kurze Strecke von 800 m und einer Haltestelle bis zum Bahnhof Wollerau ganze 4 Minuten.

– Innerhalb der gleichen Zeitspanne wurde die Schützenstrasse mit baulichen Massnahmen zur Slalomstrecke umgebaut, d.h. mit Verengungen und gleichzeitiger Beibehaltung der Tempolimit 50 auf die denkbar schlechteste Art „saniert“. Für den Fahrzeuglenker heisst das konkret: bremsen, anhalten, dem Gegenverkehr den Vortritt lassen, Gas geben und weiterfahren. Dies bedeutet für die Anwohner mehr Abgase, mehr Lärm und eine unruhigere Fahrweise. Von einer Einführung der 30er-Zone wurde abgesehen, obwohl Hunderte von Schülern (Kantons-, Berufs-, Primarschüler und Kindergartenkinder) diese Strasse Tag für Tag viermal überqueren müssen.

– 2005/06 haben die Verantwortlichen verpasst, bei der Baubewilligung für die beiden Hausneubauten Platz einzufordern für Wartehäuschen bei der Haltestelle Leutschen und der Haltestelle obere Eulen. Zudem wäre dies die einmalige Gelegenheit gewesen, in der oberen Eule eine Busbucht zu errichten. Es ist gar nicht umweltfreundlich, wenn hinter dem Bus zehn und mehr Autos anhalten und die Luft verpesten.

– Ein Beispiel aus neuester Zeit: Damit die breiten Fahrzeuge beim Kreuzen nicht auf das Trottoir fahren, wurden auf der Wilenstrasse weisse Pfosten am Trottoirrand montiert, was ich begreife. Gemäss meinen Beobachtungen und Schätzungen sind sie aber so nahe zur Strassenfahrbahn angebracht, dass die Pfosten, wenn das Postauto mit den Rädern ganz am Stellriemen entlang fährt, das Chassis streifen. Man müsste also diese Pfosten drei, vier Centimeter entsprechend verschieben. Zudem ist der Pfosten bei der Haltestelle „obere Eulen“ absolut überflüssig, da dort wegen der breiten Fahrstrasse nach dem Inseli sowieso nie ein Fahrzeug aufs Trottoir fährt. Diese so angebrachten Hindernisse nenne ich echt Schikanen.

II. Wohnen: Unter „Vorstellungen und Anliegen Gemeindeentwicklung“ wird zu Wohnformen und Wohnraumangebot auf Seite 12 zusammenfassend „ein guter Mix und bezahlbares Angebot für Junge und Familien“ aufgeführt. Nichts Konkretes. Beim Durchlesen schrieb ich nebenan: „leere Worte“.

III. Siedlungsgebiet: Hier schrieb Ernst Basler+Partner AG: „Gut gestaltete Siedlungen mit Grünflächen und einer Struktur, die das soziale Leben fördern. Möglichst geringe Belastung durch Immissionen“. Ums Himmels Willen, wenn man zur Gemeindeentwicklung einen Beitrag leisten will, muss man doch konkret werden und etliche mögliche Beispiele auflisten. Solche Ratschläge wie in dem Bericht gemacht werden, kann ich in jeder Broschüre, die sich mit diesem Thema beschäftigt, seitenweise lesen.

Abschliessend halte ich fest:

Nur Beratungs- und Planungsleistungen, die sich in nützliche Verbesserungen des Lebens vor Ort umsetzen lassen und in der Bevölkerung selbstredend breite Akzeptanz finden, sind ein echter Beitrag zur Gemeindeentwicklung.

Eine ganz beachtliche Menge Steuergelder hat unsere Gemeinde in den letzten zwanzig Jahren in die Planung der Verkehrs- und Gemeindeentwicklung hineingesteckt. Es ist jetzt schon höchst interessant, in den vielen Broschüren und Dokumenten zum Thema Gemeindeentwicklung, Strassenführungen und Mobilitätskonzept zu lesen und die Worte mit den effektiven Wirkungen zu vergleichen. Erst recht natürlich in 10, 20 oder 50 Jahren. Die Nachwelt wird sich gezwungenermassen noch eingehend damit befassen müssen. Und irgendwann wird auch offengelegt werden, wie viel Steuergeld für welche Dienstleistungen in all den vergangenen Jahren an die verschiedenen Planungsbüros ausbezahlt wurde.

Ich bitte Sie um schriftliche Stellungnahme zu diesen Gedanken und insbesondere zur Frage des Schleichverkehrs an der Etzelstrasse, die im Zusammenhang mit der aktuell präsentierten Teilzonenplanung für Pfäffikon von grossem öffentlichem Interesse ist.

Mit freundlichen Grüssen

Alois Setz

Kopie

- Gemeindehaus Schloss, „Magazin“, 8808 Pfäffikon
- Gemeinde Bauamt, 8808 Pfäffikon

Schlussbemerkung der Redaktion:

Alois Setz hat bis Redaktionsschluss leider noch keine Antwort erhalten.